

Initiative „Keine Bildung ohne Medien!“
Prof. Dr. Horst Niesyto
c/o Pädagogische Hochschule Ludwigsburg
v Reuteallee 46
71634 Ludwigsburg

1. Medienbildung in der Schule

Inzwischen gibt es einen breiten Konsens, dass Medienkompetenzförderung an Schulen gestärkt werden soll. Von der Kultusministerkonferenz (KMK-Beschluss vom 08.03.2012) werden dabei die Zertifizierung und Dokumentation erworbener Medienkompetenz bei den Schülerinnen und Schülern als unverzichtbar eingestuft.

Wie stellt sich Ihre Partei hierzu die Umsetzung vor? Als einmaligen Medienführerschein oder ein konsekutiver Bildungsprozess? Leistungsbewertung oder Teilnahmebestätigung?

Wir sprechen uns für die Autonomie der Schulen und einen individuellen Bildungsweg des Einzelnen aus. Individuelle Bildungswege und Lernformen sowie selbstständiges Lernen erfordern eine Vielfalt von Unterrichtsformen und eine Abkehr von Lehrplänen hin zu klaren Lernzielen. Jeder Unterricht hat das Ziel, den Lernenden etwas ihnen bisher Unbekanntes bekannt zu machen oder etwas bereits Bekanntes durch Wiederholung im Gedächtnis zu festigen. Dies geschieht entweder durch bewusste Beschäftigung der Lernenden mit einem Thema oder durch Erlernen von Verhaltensweisen und Verfahren während der Beschäftigung mit einem anderen Thema.

Ziffernnoten und so genannte Kopfnoten lehnen wir ab. Bewertungen sollen den Lernenden vorrangig als Rückmeldung über ihre Bildungsfortschritte dienen und nicht der interpersonellen Vergleichbarkeit. Demzufolge lehnen wir eine Leistungsbewertung ab, wie auch einen Medienführerschein.

o Inwiefern erscheint Ihnen die Einführung verbindlicher Mindeststandards und Evaluationen als geeignetes Mittel zur Integration der Medienkompetenzförderung?

Das Finden, Verstehen, Bewerten und Verbreiten von Informationen in unterschiedlichsten Darstellungen wird in Zukunft immer wichtiger. Die Menge der frei verfügbaren Information ist bereits seit einigen Jahren größer, als sie ein einzelner Mensch vernünftig verarbeiten kann.

Wir sehen als Mittel zur Förderung der Medienkompetenz eine frühe Integration von Lern- und Lehrmöglichkeiten mit und über das Internet an. Das primäre Ziel in der Schulbildung sollte sein;

- relevante Informationen finden
- Informationen bewerten
- Informationen auf Korrektheit / Plausibilität überprüfen
- Informationen kombinieren und Schlüsse ziehen
- Selbständig lernen
- Verständnis über die Verbreitung von Informationen, wie z.B. persönlichen Daten und den Folgen dadurch.

Lehrerinnen und Lehrer bemängeln hinsichtlich der Integration von Medien in der Schule fehlende pädagogische Fachkonzepte und die geringe Zahl an entsprechenden Weiterbildungen sowie eine nicht schulgerechte Soft- und Hardware (vgl. Enquete-Kommission, Drucksache 17/7286: 21).

o Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei, um diese Mängel zu beheben?

Im Zusammenhang mit der Reform der Lehrerbildung fordern wir einen zukunftsweisenden Umgang mit den neuen Herausforderungen:

- dass zukünftig alle Studierenden in Lehramtsstudiengängen befähigt werden, medienpädagogische und mediendidaktische Kompetenzen zu erwerben.
- den obligatorischen Grundlagenmodulen der Lehramtsstudiengänge, insb. in der Allgemeinen Didaktik einschlägige Veranstaltungen obligatorisch einzuführen.
- Die Verankerung einer medienpädagogischen Grundbildung als Querschnittskompetenz in den Prüfungsordnungen der ersten Phase der Lehrerinnenbildung

Das Land NRW wird die Bildungssuchmaschine Learn:Line mit zusätzlichen 100.000 Euro fördern. Einen entsprechenden Haushaltsänderungsantrag der Piratenfraktion haben die Abgeordneten des Landtags NRW mit großer Mehrheit angenommen. Auf www.learnline.nrw.de sind tausende hochwertige digitale Lernmaterialien zur kostenfreien Nutzung verzeichnet. Um die Suche zu erleichtern, wollen die Entwickler „Social Tagging“ und „Open Review“ in diesem System implementieren: So können Lehrende ihre Erfahrungen mit den Bildungsmedien an andere weitergeben.

o Wie steht Ihre Partei zum Einsatz mobiler Endgeräte im Unterricht? In welcher Form soll dies umgesetzt werden?

Der technische Fortschritt schafft neue Möglichkeiten, Wissen und Lernkonzepte international auszutauschen und gemeinsam weiter zu entwickeln. Um diese Chance zu nutzen, unterstützen wir freie und offene Lehr- und Lernmaterialien (OER). Die Piratenpartei setzt sich für die Entwicklung und den Einsatz solcher Materialien ein. Der Einsatz von mobilen Endgeräten unterstützt diese Nutzung und vermittelt den Lernenden aktive Erfahrungen in der Einschätzung von Angeboten und Inhalten. Der Schutz der personenbezogenen Daten der Schüler steht hierbei im Vordergrund und muss vor der Nutzung im Schulunterricht thematisiert werden.

o Welchen Stellenwert haben traditionelle Bereiche der Medienbildung, wie z. B. die Filmbildung?

Die Erfahrung, eigene Gedanken und Gefühle in bewegte Bilder zu übertragen, begrüßen wir, somit die aktive Filmbildung. Hierbei sehen wir es als Vorteil an, die Neuen Medien zur Weiterentwicklung und zur Interaktion als auch zum Feedback zu nutzen. Die vom Film geprägte Mediengesellschaft sehen wir dagegen kritisch und lehnen die aktuellen Bestimmungen zum Jugendschutz als zu streng und nicht zeitgemäß an. Der Schwerpunkt muss in Aufklärung und Vermittlung von Medienkompetenz sowohl für die Kinder und Jugendlichen als auch für die Erziehungsberechtigten liegen.

2. Frühkindliche Medienbildung

In der frühkindlichen Lebensphase kommen Kinder vielfach mit Medien in Berührung und stehen längst als Zielgruppe im Fokus der Medienindustrie (vgl. das bildungspolitische Urteil der Enquete-Kommission). Viele Eltern und pädagogische Fachkräfte stehen der Medienentwicklung und den Aufgaben der Medienerziehung verunsichert gegenüber.

o Welche Maßnahmen sind aus Sicht Ihrer Partei sinnvoll, um die Medienkompetenz von Vorschulkindern altersangemessen zu fördern? Sollte Medienbildung als eigenständiger Bildungsbereich in den Rahmenplänen von Kindergärten/Kindertagesstätten verankert werden?

Jeder Mensch entwickelt sich anders und in einem für ihn selbst eigenen Tempo. Feste Regeln und feste Bildungsinhalte, die allen Kindern unabhängig von ihrer Entwicklung vermittelt werden, sind unzureichend, da sie die individuelle Entwicklung vollständig ausklammern.

Da Kinder immer früher mit multimedialen Inhalten in Kontakt kommen, ist es wichtig, dass sie im Umgang damit geschult werden. Die frühkindliche Bildung hat für die Piratenpartei eine zentrale Bedeutung: Ihre Aufgabe ist es, alle Kinder – trotz bestehender Unterschiede – in den persönlichen Kompetenzen so zu fördern, dass sie unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft sowie ungeachtet möglicher körperlich oder seelisch bedingter Nachteile oder Entwicklungsverzögerungen mit möglichst guten Grundvoraussetzungen ihre Schullaufbahn beginnen.

o Welche Maßnahmen sind nach Einschätzung Ihrer Partei notwendig, um die medienpädagogische Qualifizierung von Fachkräften und die mediale Ausstattung von Kindertagesstätten gezielt zu fördern, z.B. im Rahmen eines Medienbildungspakts?

Zukünftig sind alle Fachkräfte bereits in der Ausbildung zu befähigen, medienpädagogische und mediendidaktische Kompetenzen zu erwerben, um die Kinder altersgerecht in die Lage zu versetzen, selbsttätig zu Arbeitsergebnissen zu kommen. Hier sind Fähigkeiten zur Filterung von Information, der Auswahl, der Interpretation und der Bewertung der Kinder aktiv durch das Heranführen an die Angebote der Neuen Medien zu unterstützen. Gleichzeitig ist darauf zu achten, die Kinder in den Kindertagesstätten mit dem Angebot nicht zu überfordern und somit altersgerechte Angebote zu nutzen. Entsprechende technische Hilfsmittel sollten für die Medienkompetenzbildung neuwertig zur Verfügung gestellt werden.

o Welcher Förderangebote erscheinen ihnen notwendig, um Eltern bei den Aufgaben der Medienerziehung zu unterstützen?

In der komplexen Medienwelt müssen die Eltern die notwendige Hilfe bekommen, um mit der Entwicklung schritthalten zu können. Für eine gelungene Erziehung müssen sie die Welt, in der ihre Kinder aufwachsen, ihre Möglichkeiten und Gefahren kennen und verstehen. Wir sehen es sowohl als zielführend an, entsprechende Angebote über die Erwachsenenbildung, z.B. in der Volkshochschule, anzubieten, als auch vor Ort einen Erfahrungsaustausch zwischen Lehrenden und Eltern anzubieten.

3. Außerschulische Medienbildung

Der Erwerb von Medienkompetenz ist in Zeiten stetigen Medienwandels ein lebenslanger Prozess, der nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt abgeschlossen werden kann.

o Inwieweit will Ihre Partei durch gezielte Förderprogramme dazu beitragen, dass digitale und kulturelle Jugendbildung in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit fest verankert wird?

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich gezielt für mehr Mitbestimmung durch die Bevölkerung ein. Hieraus leiten wir ab, dass es weniger darauf ankommt, Kindern und Jugendlichen Programme vorzugeben, sondern diese von ihnen selbst gestalten und auswählen zu lassen. In diesem Sinne setzen wir uns für mehr Beteiligung an derartigen Entscheidungen durch Kinder und Jugendliche ein. Hierzu zählt beispielsweise die Einrichtung von Jugendparlamenten und Kinder- und Jugendbeiräten auf allen Ebenen sowie Jugendkonferenzen.

o Was sollte seitens der Bundesebene getan werden, um Einrichtungen der Jugend-, Familien-, Eltern- und Seniorenbildung bei Angeboten zur Medienkompetenzförderung gezielt zu unterstützen?

Der freie und gleichberechtigte Zugang zum Internet ist Grundvoraussetzung für die Teilhabe am digitalen Leben. Die Voraussetzungen hierfür zu schaffen, ist die Aufgabe der Bundesebene. Hierzu fordern wir

- * keine Beschränkung der Kopierbarkeit durch Kopierschutz u.ä.
- * Freies Kopieren und freie Nutzung von digital vorliegenden Werken bei nichtkommerzieller Vervielfältigung
- * angemessenen Zugang zur digitalen Kommunikation für jeden Einzelnen
- * lückenlose Breitbandversorgung gewährleisten
- * Prinzip der Netzneutralität europaweit verankern
- * Aufhebung Kooperationsverbot

o Welche Maßnahmen sind aus Sicht Ihrer Partei sinnvoll, um Formen von inklusiver Medienbildung und medienpädagogische Elternarbeit zu stärken?

Zur Vermittlung von Medienkompetenz müssen die Schulen sowohl inhaltlich als auch technisch immer auf der Höhe der Zeit sein. Der kritische Umgang mit modernen Medien, ihre effektive Nutzung und die kreative Gestaltung müssen in Bildungseinrichtungen fest in den Lehrauftrag integriert werden. Bildungseinrichtungen, Lehrende, Lernende und Eltern sollten Möglichkeiten zum aktiven Erfahrungsaustausch und Feedback - unter Beachtung des Datenschutzes - eingeräumt werden.

4. Grundbildung Medien für alle pädagogischen Fachkräfte

Die Forderung nach einer Grundbildung Medien für alle pädagogischen Fachkräfte wird inzwischen von zahlreichen Gremien und Organisationen in Deutschland unterstützt. Es geht nun um die Umsetzung,

o Welche Vorschläge hat Ihre Partei, um eine verbindliche und breitenwirksame medienpädagogische Aus-, Fort- und Weiterbildung in allen Bildungsbereichen sicherzustellen?

Der technische Fortschritt schafft neue Möglichkeiten, Wissen und Lernkonzepte international auszutauschen und gemeinsam weiter zu entwickeln. Um diese Chance zu nutzen, unterstützen wir freie und offene Lehr- und Lernmaterialien (OER). Die Piratenpartei setzt sich für die Entwicklung und den Einsatz solcher Materialien ein. Nationale und internationale OER-Projekte sind ein konkreter Weg, diese Vision in die Bildungsrealität zu übertragen.

o Welche Mittel ergreift Ihre Partei, um insbesondere das Ziel einer verbindlichen Verankerung einer Grundbildung Medien in der Lehrerbildung zu erreichen? (vgl. den Beschluss der KMK vom 08.03.2012)

In Schulen werden Informationen aus digitalen Netzen von Schülern und Schülerinnen genutzt, um selbsttätig Arbeitsergebnisse zu produzieren. Schülerinnen brauchen hierfür Methoden und Strategien, die Lehrkräfte vermitteln können müssen. Im Rahmen des Wandels des Unterrichts von der reinen Informationsvermittlung hin zur Kompetenzorientierung an Schulen ist der Einsatz von digitalen Lehr- und Lernmitteln nicht mehr zu ignorieren. Alle Lehramtsanwärter/innen brauchen Grundlagen, um Schüler/innen für den Einsatz von digitalen Lehr- und Lernmitteln im Alltag auszubilden.

o Welche Maßnahmen hält Ihre Partei für erforderlich, damit die akademische Medienkompetenz der Lehrenden an Hochschulen gestärkt wird?

Medienpädagogische Querschnittskompetenz in der Grundbildung der Lehrerinnen und Lehrer ist fest zu verankern. Medienkompetenz wird in jedem Schulfach benötigt, daher ist sie übergreifend für alle Lehrkräfte in Aus- und Weiterbildung zu gewährleisten. Das schließt auch eine ständige Weiterbildung der Lehrenden an den Hochschulen ein.

o Unterstützt Ihre Partei den Vorschlag einer Bund-Länder-Studie, um das vorhandene medienpädagogische Studienangebot in Studiengängen und in außerschulischen Bildungsangeboten detailliert zu erheben und Handlungsempfehlungen für Ministerien und Hochschulen zu entwickeln?

Bildung ist nicht nur Ländersache, sondern eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Die Piratenpartei setzt sich für eine Aufhebung des Kooperationsverbotes ein. Der Bund muss öffentliche Bildungseinrichtungen finanzieren dürfen. Forderungen anderer Parteien, das Kooperationsverbot partiell zur Bevorzugung ausgewählter Bereiche wie der Exzellenz-Universitäten zu lockern, erteilen wir eine Absage: Wir bestehen auf einer Besserstellung des gesamten Bildungssystems.

5. Regelfinanzierung medienpädagogischer Angebote

Um eine Breitenwirksamkeit und Nachhaltigkeit bei der Förderung von Medienkompetenz zu erreichen, bedarf es erheblich mehr finanzieller Mittel und Ressourcen. Hier sind Bund, Länder, Kommunen und weitere Akteure gefordert.

o Welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei vor, um seitens des Bundes erheblich mehr Ressourcen für die Regelfinanzierung, die bessere Vernetzung und die Sichtbarmachung medienpädagogischer Angebote zur Verfügung zu stellen?

Die Verwendung von offenen Lehr- und Lernmaterialien (OER) ermöglicht es, Wissen und Lernkonzepte national und international auszutauschen und gemeinsam weiter zu entwickeln. Wissen unter freien Lizenzen zur Verfügung zu stellen entlastet Ressourcen, die sonst für lizenzierte Lehr- und Lernmaterialien verwendet werden. Wir setzen uns für die Entwicklung und den Einsatz solcher Materialien ein. Diese Angebote sind offen für alle im Netz zur Verfügung zu stellen. Erfahrungsaustausch kann über öffentliche Plattformen im Netz erfolgen.

o Unterstützt Ihre Partei Bestrebungen zu einem Medienbildungspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen? Falls ja: Mit welchen Vorschlägen?

Ausgehend davon, dass wir Bildung nicht ausschließlich als Ländersache ansehen, sondern als Aufgabe für die gesamte Gesellschaft, unterstützen wir diese Bestrebungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Wir setzen hier vor allem auf die länderübergreifende Aus- und Weiterbildung der Lehrenden und die Vermittlung von medienpädagogischen und mediendidaktischen Kompetenzen, damit diese ihr Wissen an die Lernenden weitergeben.

o Wie sollte die Wirtschaft, insbesondere die Medien- und Internetwirtschaft, an der Finanzierung von Infrastrukturen beteiligt werden? Sollte es eine spezielle Abgabe der Medien- und Internetwirtschaft geben? („Medieneuro“, z.B. ein Prozent vom Umsatz)

Um einen dauerhaften Investitionsanreiz, einen fairen Wettbewerb und die Gleichbehandlung der Akteure im digitalen Raum sicherzustellen, muss das Prinzip der Netzneutralität europaweit gesetzlich verankert werden. Im Zuge des europaweiten Ausbaus der Netze und ihrer Modernisierung darf es nicht zu einer Monopolisierung der Kommunikationsinfrastruktur kommen. Das Internet als Kommunikationsraum kennt keine Grenzen. Wir sprechen uns daher gegen eine derartige Abgabe aus.

o Sollten nach Auffassung Ihrer Partei für Maßnahmen zur Förderung von Medienkompetenz mehr Steuergelder verwendet werden, z.B. Einnahmen aus der künftigen Transaktionssteuer?

Der verantwortungsvolle Umgang mit Medien muss in der Gesellschaft durch umfassende Bildungs- und Informationsmaßnahmen gefördert werden. Da wir dies als gesamtgesellschaftliche Aufgabe ansehen, ist die Verwendung von Steuergeldern für derartige Maßnahmen zu begrüßen.

6. Medienpädagogische Forschung

Die ständige Veränderung von Kommunikation und Medien erfordert eine kontinuierliche medienpädagogische Forschung, um die Medienerfahrungen und die Entwicklung der Medienkompetenz von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen systematisch zu untersuchen und zu klären, welche Ansätze für die Förderung von Medienkompetenz und Medienbildung erfolgreich und nachhaltig sind.

o Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht notwendig, um medienpädagogische Forschung dauerhaft zu gewährleisten? Wie kann der Ausbau medienpädagogischer Professuren und Mitarbeiterstellen mit entsprechender Infrastruktur an Hochschulen vorankommen?

Neben der öffentlichen Förderung der medienpädagogischen Forschung richten wir unseren Fokus auf den offenen Zugang zu wissenschaftlichen Ergebnissen. Wissenschaftliche Ergebnisse müssen stets in einer Form veröffentlicht werden, die eine unabhängige Überprüfung der dargelegten Ergebnisse und Schlussfolgerungen ermöglicht.

Wissenschaftliche Entwicklung kann nur durch den stetigen Austausch von Erkenntnissen gesichert und zum Wohle der Menschen verwendet werden. Rechtliche Schranken, die der Verhinderung von freiem Wissensaustausch insbesondere zum Zwecke der Überprüfung, der weitergehenden Forschung und der Bildung dienen, sind zu vermeiden. Aus öffentlicher Hand (teil-)finanzierte wissenschaftliche Informationen und Forschungsergebnisse sollen auch der Öffentlichkeit zugute kommen und für alle einfach und frei zugänglich sein.

o Unterstützt Ihre Partei den Vorschlag zu einem speziellen Forschungsförderungsprogramm „Medien in der Bildung“ im Rahmen der Aufgaben des BMBF und anderer Fördereinrichtungen (wie der DFG), welches gezielt medienpädagogische Grundlagenforschung sowie Praxis- und Evaluationsforschung fördert?

Ja, jedoch muss bei der Verwendung wissenschaftlicher Studien als Grundlage für politische Entscheidungen rigoros auf die Einhaltung entsprechender Transparenzforderungen geachtet werden. Einrichtungen und Forschungsbereiche, welche den Kriterien der Nachvollziehbarkeit und wissenschaftlicher Überprüfbarkeit nicht genügen, sollen vom Staat weder direkt bezuschusst noch indirekt (beispielsweise durch Zulassung und Anerkennung entsprechender Bildungswege) gefördert werden.

7. Offene und freie Bildungsressourcen

Unter der Bezeichnung „Open Educational Resources“ (OER) gib es Initiativen, im Internet offenere und möglichst niedrigschwellige Zugänge zu Lehr- und Lernunterlagen in verschiedenen Feldern der Aus- und Weiterbildung einzusetzen. Deutschland zählt international zu den Schlusslichtern hinsichtlich der Bereitstellung offen zugänglicher Lehr- und Lernunterlagen.

o Welche konkreten Schritte wird Ihre Partei unternehmen, um a) die rechtlichen Unsicherheiten dafür zu beseitigen (Stichwort: Nutzungsrechte) und b) OER bundesweit an den Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen zu fördern?

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass möglichst alle durch öffentliche Stellen erzeugten oder mit Hilfe öffentlicher Förderung entstanden Inhalte der breiten Öffentlichkeit frei zugänglich gemacht werden. Die Verfügbarkeit darf nicht durch Antragsverfahren, Lizenzen, Gebühren oder technische Mittel erschwert werden.

Wir unterstützen freie und offene Lehr- und Lernmaterialien (OER). Die Piratenpartei setzt sich für die Entwicklung und den Einsatz solcher Materialien ein. Weiterhin sprechen wir uns für die Finanzierung einer Plattform für freie Lerninhalte aus.

o Wie will Ihre Partei den Einsatz von Freier Software und Open Source in Bildungseinrichtungen fördern?

Wir setzen uns für die Förderung von Software ein, die von allen uneingeschränkt benutzt, untersucht, verbreitet und verändert werden kann. Insbesondere Bildungseinrichtungen und die gesamte öffentliche Verwaltung sollen schrittweise darauf hinarbeiten ihre gesamte technische Infrastruktur auf Freie Software umzustellen, um so langfristig Kosten für die öffentlichen Haushalte und die Abhängigkeit von einzelnen Herstellern zu reduzieren.

o Inwieweit unterstützt Ihre Partei den Aufbau von offenen, nicht-kommerziellen Bildungsplattformen?

Wir unterstützen die Errichtung und finanzielle Förderung einer Plattform für freie Lerninhalte, in der Lehrende ihre Inhalte bereitstellen können und dabei aktive Unterstützung erfahren. Durch diese Plattform kann zum einen die ständige Neu- und Weiterentwicklung der Inhalte die Aktualität der Materialien gewährleisten als auch die momentan fehlende Vernetzung der Lehrenden untereinander vorantreiben.

o Wie sollen die bestehenden und bereits erprobten Wege zur Verbreitung und zum Austausch wissenschaftlicher Erkenntnisse via Open Access in Wissenschaft und Forschung ebenso wie die Rechte der Autorinnen und Autoren gestärkt werden?

* Open Access muss ein zentrales Kriterium bei der Vergabe von öffentlichen Fördermitteln werden

* Zur Förderung von Veröffentlichungen wissenschaftlicher Ergebnisse nach dem Open-Access-Modell soll eine allgemeine, nicht themenbeschränkte Open-Access-Zeitschrift aus Bundesmitteln finanziert werden

* Bildung eines Open Access-Fonds aus Bundesmitteln, der Publikationskosten für Forscher bis zu einem bestimmten Betrag übernimmt.

* Wir setzen uns für die Stärkung der Eigenarchivierungsrechte der Autoren ein

8. Urheberrecht

Die Regelungen für digitale Vervielfältigungen in Schulen sind seit dem 01.01.2013 ergänzt und neu vergütet worden. Die Begrenzungen in Bezug auf die Weiterverarbeitung digitaler Kopien für Unterrichtszwecke und das Verbot deren Nutzung in Lernplattformen (z. B. Moodle) erscheint angesichts der Verbreitung digitaler Anwendungsszenarien nicht mehr zeitgemäß.

o Welche Maßnahmen planen Sie zur Vereinfachung dieser Regelungen und der Ausweitung der Nutzungsrechte für Lernplattformen?

Für Unterricht und Forschung sollten auch größere Teile von Werken und generell alle Beiträge aus Zeitungen und Zeitschriften vergütungsfrei genutzt werden können.

Filme sollten bereits ein Jahr nach Kinostart auch ohne Einwilligung der Rechteinhaber für Unterricht und Forschung nutzbar sein. Diese Regel sollte zudem auf den ausländischen Kinostart von Filmen ausgeweitet werden, da sonst rein ausländische oder anderssprachige Filme nie genutzt werden können, wenn sie nicht hierzulande ebenfalls offiziell erschienen sind.

Filme, die nur auf DVD oder per Direktvermarktung vertrieben werden, sollten direkt nach ihrer Veröffentlichung nutzbar sein, da auch hier kein kommerzielles Interesse bei der Bereitstellung der Werke verfolgt wird.

Der Zugriff auf die Werke soll unentgeltlich möglich sein. Auch eine Informationspflicht gegenüber dem Rechteinhaber soll entfallen, um eine unnötige bürokratische Belastung der Bildungs- und Forschungseinrichtungen zu verhindern.

Der „Gesamtvertrag der Länder mit den Verwertungsgesellschaften“, der anteilig oder hoheitlich Beschränkungen bei der Nutzung von Werken für diese Zwecke festlegt, kann hierdurch entfallen.

o Inwieweit streben Sie eine Reform des Urheberrechts an (z.B. die Bagatellklausel), um eine Kriminalisierung kreativer Formen (z. B. MashUps) von nicht-kommerzieller Medienverwendung zu vermeiden?

Bearbeitung, Umgestaltung und Weiterentwicklung von geschützten Werken soll zu nicht kommerziellen Zwecken jederzeit erlaubt sein. Dies soll für alle Werksarten gelten, sofern mit der Veröffentlichung kein finanzielles Interesse verfolgt wird.

Wer zum Beispiel ein eigenes musikalisches Werk in freier Benutzung erschafft, soll das auch auf Basis anderer Lieder tun dürfen. Freie Benutzung meint hier übrigens nur die Nutzung eines Werkes als Inspirationsquelle, um ein vollkommen neues, anderes und eigenständiges Werk zu schaffen. Dabei sollte per Gesetz nicht ausgeschlossen werden, dass auch eine bereits existente Tonfolge als Inspirationsquelle verwendet werden kann.

9. Datenschutz

Kommerzielle Anbieter für Social Media Dienste und Anwendungen des Web 2.0 werden zunehmend nicht nur für private außerschulische Aktivitäten im Internet genutzt, sondern auch für schulische Aufgaben. Dabei werden Datenspuren hinterlassen und die informationelle Selbstbestimmung wird gefährdet.

o Wie will Ihre Partei der zunehmenden Kommerzialisierung der privaten Kommunikation und des Ge- und Missbrauchs persönlicher Daten durch internationale Firmen begegnen?

Die Lehrenden und Lernenden müssen über ungewollte Datenabflüsse aus Unternehmen und Behörden unverzüglich und lückenlos informiert werden, um sich den Möglichkeiten, Chancen und Risiken der Informationsverknüpfungen im Internet bewusst zu werden und selbstbestimmt zu entscheiden, welche Daten freigegeben werden. Um im Sinne der informationellen Selbstbestimmung eine echte Wahlfreiheit bei der Nutzung des Internets zu garantieren, müssen alle Produkte und Dienstleistungen, die für die Verarbeitung personenbezogener Daten vorgesehen oder geeignet sind, datenschutzfreundlich voreingestellt sein (Privacy-by-Default). Datenschutz soll darüber hinaus von Anfang an in die Entwicklung neuer Kommunikations- und Informationstechniken eingebaut werden (Privacy-by-Design).

o Mit welchen Maßnahmen soll - wie von den Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder gefordert - die Fähigkeit insbesondere bei Kindern und Jugendlichen gefördert werden, verantwortungsvoll mit den eigenen Daten und respektvoll mit den Daten anderer Menschen umzugehen?

Kinder und Jugendliche sind durch entsprechende Lernangebote und aktiven Einsatz dazu zu befähigen, Informationen nicht nur zu finden und verbreiten zu können, sondern diese auch zu verstehen und zu bewerten. Ebenso ist ein Verständnis dafür zu entwickeln, welche Konsequenzen die Weitergabe von Daten insgesamt haben. Weiterhin sind die Kinder und Jugendlichen dahingehend zu sensibilisieren, dass das Löschen der Information auf einer Informationsoberfläche nicht gleichbedeutend mit dem Löschen einer Information im Internet ist, sondern die vollständige Löschung einer Information aufgrund der Grenzenlosigkeit des Netzes nicht möglich ist.

10. Partizipation

Grundvoraussetzung für Beteiligungsgerechtigkeit ist ein ungehinderter, freier Zugang zu den digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien.

o Welche Überlegungen gibt es seitens ihrer Partei, diesen Zugang allen Bevölkerungsgruppen und in allen Regionen dauerhaft und barrierefrei zu gewähren?

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass möglichst alle durch öffentliche Stellen erzeugten oder mit Hilfe öffentlicher Förderung entstanden Inhalte der breiten Öffentlichkeit frei zugänglich gemacht werden. Die Verfügbarkeit darf nicht durch Antragsverfahren, Lizenzen, Gebühren oder technische Mittel erschwert werden.

Langfristig wollen wir ein öffentlich zugängliches Bürgerinformations-Portal geschaffen., dass die Daten von Behörden und andere Institutionen beinhaltet. Dieses System soll über eine benutzerfreundliche umfangreiche Kategorisierungs-, Such- und Exportfunktionen sowie geeignete Programmierschnittstellen für automatisierte Anfragen bieten.

o Inwieweit wird sich Ihre Partei für eine gesetzliche Garantie der Netzneutralität einsetzen und dazu beitragen, einen chancengleichen Zugang abzusichern?

Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für eine gesetzliche Festschreibung des neutralen Charakters der Datendurchleitung im Internet ein (Prinzip der Netzneutralität), um Informations-, Presse- und Meinungsfreiheit zu sichern und die Innovationsfähigkeit des Netzes zu erhalten. Die Piratenpartei lehnt es ab, die diskriminierungsfreie Übertragung von Daten durch die Einführung von Güteklassen, Angebotseinschränkungen oder Zugangerschwernissen zu beschneiden. Es muss den an die Kommunikationsinfrastruktur angeschlossenen Personen überlassen bleiben, aus dem Angebot an Diensten das Gewünschte auszuwählen.

In einer digitalisierten Gesellschaft werden die für demokratische Systeme essentiellen politischen Bildungsprozesse zunehmend über verschiedenste Online-Angebote und insbesondere Netzwerke organisiert. Allerdings lassen sich im Hinblick darauf, wer diese Angebote wahrnimmt und sich aktiv an politischen Willensbildungsprozessen beteiligt, soziale und kulturelle Klüfte beobachten.

o Welche Maßnahmen wird Ihre Partei kurz- und mittelfristig ergreifen, um eine größere Beteiligungsbereitschaft und eine stärkere politische Partizipation benachteiligter Gruppen zu erreichen?

Voraussetzung für Beteiligung ist Information und Teilhabe am digitalen Leben. Die Piratenpartei Deutschland setzt sich für Transparenz des Staatswesens, aber auch im Bereich aller anderen politischen Bereiche, wie z.B. dem Verbraucherschutz unter Beachtung des Datenschutzes Dritter

ein. Um wirtschaftliche Hindernisse am Zugang zur digitalen Kommunikation auszuräumen, ist jedem Mitglied der Gesellschaft eindeutig das Recht zur Teilhabe zuzusprechen. Für alle, die nicht die finanziellen Mittel haben, um die technischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, müssen die sozialen Sicherungssysteme den Erwerb und Betrieb der notwendigen Technik ermöglichen.

11. Jugendmedienschutz

Im Herbst wollen die Rundfunkreferenten der Länder einen neuen Entwurf für den Jugendmedienschutzstaatsvertrag vorlegen. In der Vergangenheit hat es auch auf Bundesebene immer wieder Vorschläge und Diskussionen um eine Neugestaltung des Vertrages gegeben. Notwendig ist eine gesetzliche Regelung, die den Charakter des Internets als Kommunikations-, Meinungs- und Publikationsmedium beachtet und sowohl dem Schutzbedürfnis als auch dem freien Zugang zu den Inhalten gerecht wird.

o Was sind für Ihre Partei die Eckpunkte eines zeitgemäßen und funktionierenden Kinder- und Jugendmedienschutzes?

Kinder- und Jugendmedienschutz nach dem Vorbild der Prohibition hat niemals funktioniert und wird dies auch nicht tun. Vor allem durch die Verbreitung von Smartphones ist ein vermeintlicher Schutz von Kindern vor angeblich entwicklungsbeeinträchtigende Medien nicht umsetzbar. Selbst Lösungen, die auf dem heimischen PC der Eltern oder zwangsweise auf dem Smartphone der Kinder installiert werden, sind technische Feigenblätter und folglich abzulehnen. Deshalb sind wir für ein Umdenken in Richtung Prävention durch Aufklärung und Medienkompetenz. Jugendliche werden so in die Lage versetzt mit den Inhalten umzugehen, auf die sie in den verschiedenen Medien stoßen können. Dies würde zu einer Abkehr von einem auf reinem negativen Jugendschutz ausgelegten System zu einem positiven Jugendschutz.

o Sollten Selbstkontrolleinrichtungen von Kino, DVD, Computerspielen, Fernsehen oder Internet ihre unterschiedlichen Kompetenzen bundesweit bündeln und nach außen gemeinsam auftreten?

Die Selbstkontrolleinrichtungen sind zu einer unkontrollierbaren Infrastruktur geworden, die zusammen mit staatlicher Unterstützung sogar verhindern, dass volljährige Menschen Inhalte ihrer Wahl frei konsumieren können. Wenn man die Entwicklung in den letzten Jahrzehnten betrachtet zeigt sich, dass die angelegten Wertebilder in keiner Weise zur gesellschaftlichen Realität passen. Bei einem Jugendschutzsystem dass auf Kompetenzerwerb statt Verbote setzt, müssen die Rollen sämtlicher Einrichtungen überdacht werden. Dies gilt insbesondere für die BPjM, für deren Abschaffung unsere Jugendorganisation plädiert. Eine Bündelung ist insofern zu unterstützen, um Eltern bei der Erziehung empfehlend zu beraten und informieren.

o Inwiefern halten Sie technische Lösungen (Filterprogramme) sowie eine deutlich sichtbare Kennzeichnung von Internetseiten (Altersempfehlung) für geeignete Maßnahmen Kinder und Jugendliche vor gefährdenden Inhalten - auch auf mobilen Endgeräten und unabhängig vom Betriebssystem - zu schützen?

Altersempfehlungen können Eltern helfen, Filterprogramme sind jedoch in unseren Augen wirkungslos, deren Aufwand nicht im Verhältnis steht. Den Aufbau einer entsprechenden Zensurinfrastruktur lehnen wir strikt ab. Sowohl aufgrund ihrer Unwirksamkeit als auch aufgrund der damit verbundenen Kollateralschäden. Wir glauben, dass Kinder und Jugendliche auf

Medieninhalte vorbereitet werden müssen. Diese vor ihnen (wenig effektiv) zu verstecken halten wir für nicht sinnvoll.